

Beschlüsse

öffentliche Sitzung
 nichtöffentliche Sitzung

<p>Gremium: Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallbehandlung Kahlenberg</p>	<p>Sitzungstag: 3. Dezember 2020</p>
<p>Sitzungsort: Großer Sitzungssaal Landratsamt Ortenaukreis</p>	<p>Sitzungsbeginn: 10.20 Uhr Sitzungsende: 10.57 Uhr</p>

Punkt 1: Feststellung des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 2019 (DS-Nr. 2020/3) nach Kenntnisnahme des Schlussberichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses durch das Kommunal- und Prüfungsamt des Landkreises Emmendingen

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallbehandlung Kahlenberg nimmt den Jahresabschluss 2019 sowie den Prüfungsbericht des Kommunal- und Prüfungsamtes des Landkreises Emmendingen zur Kenntnis und beschließt den Jahresabschluss gemäß dem auf Seite 1 des Jahresabschlusses enthaltenen „Antrag an die Verbandsversammlung“.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Punkt 2: Entwurf des Wirtschaftsplanes für die Wirtschaftsjahre 2021 und 2022 (DS-Nr. 2020/4)

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallbehandlung Kahlenberg beschließt den Wirtschaftsplan für die Jahre 2021 und 2022.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

Punkt 3: „Thermische Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen“; Beauftragung der Planungs- und Bauleistungen (Projektteil 1, Stufe 2) sowie weiterer Dienstleistungen (DS-Nr. 2020/5)

Beschlussvorschlag:

Die Firma Wehrle-Werk AG aus Emmendingen wird mit den Planungs- und Bauleistungen des Projekts “Thermische Verwertung und Rohstoffrückgewinnung aus Ersatzbrennstoffen“ beauftragt. Die Auftragssumme beträgt netto 20.173.000 EUR (brutto 24.005.870 EUR).

Gemäß Ausschreibung und Vertrag werden für die ersten vier Betriebsjahre zusätzliche Fachwartungsdienstleistungen sowie die Vorhaltung eines Bereitschaftsdienstes und weitere Serviceleistungen in Höhe von insgesamt netto 411.420 EUR (brutto 489.589,80 EUR) beauftragt.

Der Beschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Genehmigung des ersten Projektteils nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) durch das Regierungspräsidium Freiburg, die in Kürze erwartet wird.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.